

Handreichung des MBS vom 11.08.2016 solche Kostenerstattungen jahrelang anerkannt. Mit Schreiben des MBS vom 14.06.2019 wurden die Landkreise über eine veränderte Rechtsauslegung informiert mit der Folge, dass zukünftig in gleichgelagerten Fällen keine Kostenerstattungen durch das MBS mehr erfolgen. Mit Schreiben vom 27.09.2019 hat das MBS kargestellt und versichert, dass alle Erstattungsansprüche, die vor dem 14.06.2019 geltend gemacht worden sind, nach der „alten“ Auslegung bearbeitet und erstattet werden.

Berechtigt und damit unstreitig ist aus der Sicht des Rechtsamtes die Rückforderung von 15.337,20 € für Kosten der Inobhutnahme, da diese nach § 89 SGB VIII nicht erstattungsfähig sind.

Streitig ist, ob alle Tatbestandsvoraussetzungen des § 89 SGB VIII vorliegen. Streitig ist auch, ob das Jugendamt den Antrag vor dem 14.06.2019 und damit noch rechtzeitig gestellt hat und ob im Erstattungsantrag die richtige Rechtsgrundlage genannt werden muss.

Die Erhebung der Klage gegen die Rückforderung in Höhe von 107.071,55 wird empfohlen. Die Rückforderung von 15.337,2080 € für erbrachte Inobhutnahmeleistungen sind berechtigt.

Nach unserer Auffassung liegen die Voraussetzungen nach § 89 SGB VIII vor und der Antrag ist auch rechtzeitig gestellt worden. Eine Rechtsgrundlage muss nicht genannt werden, was das MBS in seinem Bescheid auf Seite 2 Absatz 5 auch bestätigt. Auch wenn keine Rechtsgrundlage für die Kostenerstattung besteht, so hat sich das MBS mit Schreiben vom 27.09.2019 bis zum 14.06.2019 an seine bis dahin praktizierte Kostenerstattung gebunden.

Mit der Erhebung der Klage sind 3 Gerichtsgebühren – 3.078,00 € fällig. Anwaltskosten für die gegnerische Seite würden 4.495,23 € betragen. Es ist zu vermuten, dass das MBS sich selbst vertritt und keine Anwaltskosten anfallen.

